



### Presseschau vom 12.02.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Vormittags:

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der Nacht auf den 12. Februar Trudowskij und Alexandrowka am westlichen Rand von Donezk sowie die frontnahen Bezirk im Norden der Stadt beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den bewaffneten Strukturen der DVR mit.

„Die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer auf Trudowskije und Alexandrowka im Petrowskij-Bezirk von Donezk eröffnet. Ebenfalls wurde das Gebiet des „Volvo-Zentrums“ und das Dorf Shabitschewo im nördlichen Teil der Hauptstadt beschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass der Gegner mit Granatwerfern, Panzerwaffen und Schusswaffen schoss. Den nördlichen Teil der Hauptstadt der DVR beschoss der Gegner von den Positionen in Peski aus.

Nach Angaben der Quelle wurden im westlichen Teil von Donezk Treffer auf Wohnhäuser festgestellt. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch geprüft.

Lug-info.com: Die ukrainische Seite hat die Wasserzufuhr vom Petrowskij-Wasserwerk nach Lugansk von 1100 auf 800 Kubikmeter pro Stunde begrenzt. Dies teilte heute der Bürgermeister von Lugansk Manolis Pilawow mit.

„Gestern ist bei uns bezüglich des Petrowskij-Wasserwerks eine Einschränkung erfolgt – anstelle von 1100 Kubikmetern pro Stunde erhalten wir jetzt am Morgen 800, deshalb beschäftigen sich die Dienste der Wasserwerke jetzt damit, versuchen herauszufinden, warum das so ist und wann es in Ordnung gebracht wird“, sagte.

Ukrinform.ua: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, reist am Freitag nach Deutschland, um an der Münchener Sicherheitskonferenz teilzunehmen. Der Präsident wird in München an der Debatte der Präsidenten teilnehmen. Geplant sind auch bilaterale Treffen von Poroschenko mit den Staatsechefs Rumäniens, Finnlands, Litauens, Polens sowie mit dem Präsidenten des Europaparlaments, dem Nato-Generalsekretär und den EU-Spitzen, berichtet die Pressestelle des Staatsoberhauptes.

De.sputniknews.com: Bloomberg: Gazprom will Kiew noch drei Jahre mit Gas beliefern  
Der russische Gaskonzern Gazprom rechnet damit, die Ukraine noch mindestens drei Jahre lang mit Gas zu versorgen, wie die Agentur Bloomberg unter Berufung auf den im Dezember 2015 verabschiedeten internen Unternehmenshaushalt mitteilt.

Gazprom wolle bis 2018 jährlich zwischen 8,8 und 14,1 Milliarden Kubikmeter Gas an die Ukraine liefern, so Bloomberg.

Das Budget beinhalte mehrere Exportszenarien, so der Bloomberg-Bericht. Eines davon gebe den europäischen Durchschnittspreis für Gas um 15 Prozent niedriger als der im Vertrag mit dem ukrainischen Gasversorger Naftogaz angenommene Preis an. Weder Gazprom noch Naftogaz hätten dies bislang kommentiert, so die Agentur.

„Die Ukraine hat einen weiten Weg zur Minderung ihrer Abhängigkeit vom Import russischen Gases zurückgelegt. Dennoch hängt sie noch immer von Russland ab“, zitiert die Agentur den Experten für Energiesicherheit des Zentrums für strategische Studien in Den Haag, Sijbren de Jong.

Im November 2015 hatte Kiew die völlige Einstellung der russischen Gaslieferungen angekündigt. Premier Arsenij Jazenjuk hatte diese Entscheidung mit dem zu hohen Gaspreis begründet. Im Januar 2016 zählte Präsident Petro Poroschenko „die erreichte Energieunabhängigkeit von Russland“ zu den großen Errungenschaften Kiews.

Obwohl die Gasverkäufe Gazproms an die Ukraine in den vergangenen zehn Jahren um rund 90 Prozent zurückgegangen seien, hätten sich die Einnahmen des Konzerns aus dem Gasexport an die Ukraine im vorigen Jahr immer noch auf 1,7 Milliarden US-Dollar belaufen, so die Agentur.

Ukrinform.ua: Zum ersten Mal in der Geschichte überwintere die Ukraine ohne russisches Gas, sagte der ukrainische Premierminister Arsenij Jazenjuk beim Treffen mit Vertretern des diplomatischen Korps, die in der Ukraine akkreditiert sind, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Zum ersten Mal in der ganzen Geschichte der Ukraine überwintern wir ohne russisches Gas. Das sind reale Reformen und reale Schritte in dem, dass die Ukraine die Erdgaslieferungen diversifiziert hat“, sagte Jazenjuk.

Er stellte fest, jetzt sei der Staat Ukraine real von russischem Erdgas unabhängig.

Dnr-online.ru: Wie heute, am 12. Februar, der Pressedienst des Transportministeriums der DVR mitteilt, gehen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte die Beschüsse von Donezk weiter, die auf die Zerstörung von Transportinfrastruktur gerichtet sind.

Am 11. Februar 2016 um 22:30 wurde an der Station Jasinowataja in der Folge der Explosion

eines Artilleriegeschosses ein Teil eines Gleises zerstört. Opfer unter der Bevölkerung gibt es nicht. Die beschädigte Strecke wurde um 23:40 geschlossen. Die Reparaturarbeiten sind für den 12. Februar 2016 geplant.

Die Artilleriebeschüsse, die die ukrainischen Streitkräfte mit beneidenswerter Hartnäckigkeit fortsetzen, bestätigen ein weiteres Mal die aggressive Politik des offiziellen Kiew in Bezug auf die friedlichen Einwohner des Donbass.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der Nacht die Siedlung Batmanowka und den von der DVR kontrollierten Teil von Sajzewo beschossen, es brannte ein Wohnhaus ab. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„In der Folge des nächtlichen Beschusses von Seiten der ukrainischen Truppen brannte in Sajzewo ein Haus ab. Außerdem wurde Batmanowka beschossen“, berichtete der Gesprächspartner der Agentur.

De.sputniknews.com: Jazenjuk spricht von Regierungserfolgen – Poroschenko denkt an Entlassung

Trotz der politischen Krise in der Ukraine hat sich Kiew der „Gas-Abhängigkeit“ von Moskau entledigen können, wie der ukrainische Premierminister Arsenij Jazenjuk mitteilte. Das sei einer der größten Erfolge seiner Regierung. Zur gleichen Zeit berichten jedoch Medien, dass Präsident Poroschenko darüber nachdenke, einen neuen Premier auszusuchen.

Der Gouverneur des ukrainischen Gebietes Odessa und frühere Präsident Georgiens, Michail Saakaschwili

„Unsere wichtigsten Erfolge: Erstens, keine Gas-Abhängigkeit mehr von Russland. Zweitens, wir haben den Staats-Default nicht zugelassen. Drittens, wir haben unsere Goldreserven von 5 auf 13 Milliarden Dollar erhöht. Viertens, wir haben 15 Milliarden an Schulden ab- und umgeschrieben, für welche nicht wir verantwortlich sind. Fünftens, wir haben die Staatsschulden um 4,3 Milliarden Dollar reduziert“, sagte Jazenjuk gegenüber dem ukrainischen Fernsehsender „1+1“.

Das ist Medienberichten zufolge darum besonders bemerkenswert, da Kiew zurzeit eine politische Krise durchlebt.

Zuvor hatte Wirtschaftsminister Aivaras Abromavicius den Wunsch geäußert, wegen Druck von Seiten der Administration des Präsidenten und des Vizechefs des Poroschenko-Blocks, Igor Kononenko, sein Amt zu verlassen. Später rief Abromavicius zur Entlassung von Premier Jazenjuk auf.

Auch der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko ist laut der Seite Finanso.net mittlerweile zu einer Entlassung Jazenjuks bereit. Dies sei von Quellen aus Kreisen des Poroschenko-Blocks bestätigt worden. Doch zuerst wolle der Präsident einen neuen Kandidaten für das Amt des Regierungschefs auswählen.

Politischen Beobachtern zufolge kann die Entlassung der Regierung Jazenjuk die aktuelle politische Krise weiter eskalieren und bis zu neuen außerordentlichen Parlamentswahlen führen. Außerdem könnten die politischen Meinungsverschiedenheiten zu einer Unterbrechung der westlichen Kredite an die Ukraine führen.

Ukrinform.ua: Zusammen mit dem Präsidenten muss das Ministerkabinett der Ukraine eine klare Entscheidung über die Zukunft des Landes und die Regierungsstruktur treffen.

Das erklärte der ukrainische Premierminister Arsenij Jazenjuk beim Treffen mit Vertretern des diplomatischen Korps, die in der Ukraine akkreditiert sind, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Mit dem Präsidenten des Staates müssen wir endlich klar über die Zukunft des Landes entscheiden, über die Struktur der Regierung und über den Aktionsplan, der die Schaffung

der Grundprinzipien der öffentlichen Politik vorsieht“, sagte Jaenjuk.

News-front.info: Jüngste Umfragen zeigen, dass die Unterstützung für die ukrainische Regierung von Petro Poroschenko einbricht, die nach dem vom Westen organisierten Putsch im Februar 2014 an die Macht gekommen war. Der Verfall von Poroschenkos Popularität betrifft auch alle politischen Parteien und Institutionen des Landes. Gleichsam platzt der Mythos, die rechte Maidan-„Revolution“ sei ein demokratischer Umsturz gewesen. Einer Gallup-Umfrage zufolge unterstützen nur noch 17 Prozent der Ukrainer den Präsidenten. Unmittelbar nach seiner Wahl im Mai 2014 waren es noch 47 Prozent. Poroschenkos Zustimmungswerte sind dabei noch niedriger als die des ehemaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch. Dieser hatte noch 29 Prozent Zustimmung, als er aus dem Amt gejagt wurde.

Am niedrigsten ist die Unterstützung für Poroschenko in den südlichen und östlichen Landesteilen. Selbst in der Westukraine, der Hochburg seiner nationalistischen Regierung, wird er von weniger als 25 Prozent der Bevölkerung unterstützt.

Der gleichen Gallup-Umfrage zufolge unterstützen nur acht Prozent der ukrainischen Bevölkerung Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk, der für die Durchsetzung eines Sparkurses und den katastrophalen Niedergang der ukrainischen Wirtschaft verantwortlich ist. Ebenfalls ganze acht Prozent unterstützen die Regierung insgesamt.

Eine andere Umfrage des Centers for Insights Research, das vom rechtslastigen International Republican Institute unterstützt wird, ergab Anfang Januar ähnlich schwache Werte für das aktuelle Regime in Kiew. Zudem ergab diese Befragung, dass über 70 Prozent der Ukrainer die Politik der Regierung in der Ostukraine ablehnen, wo die gewaltsame Unterdrückung der pro-russischen Gegner Kiews bereits 9.000 Menschen das Leben gekostet und eine Flüchtlingskrise hervorgebracht hat.

Die Unterstützung für Parteien in der Ukraine ist insgesamt äußerst fragmentiert. Weder einzelne Parteien noch irgendein Parteienblock haben die Unterstützung von mehr als 20 Prozent der Bevölkerung. Jazenjuks Volksfront würde nicht einmal einen Abgeordnetensitz erlangen, wenn jetzt Wahlen anstünden.

Das Verschwinden jeden Vertrauens in der Bevölkerung gegenüber dem gesamten politischen System hängt zusammen mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft in der Ukraine. Letzte Woche Dienstag gab das Wirtschaftsministerium bekannt, dass das Bruttoinlandprodukt des Landes 2015 um 10,4 Prozent gesunken sei. 40 Prozent dieses Rückgangs seien dabei auf den Krieg in der Ostukraine zurückzuführen. Die Währung verlor 2015 ebenfalls zwölf Prozent an Wert. Die Kohleproduktion, einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren der Ukraine, ging 2015 um 38,8 Prozent zurück. Viele Kohlekumpel wurden arbeitslos oder bekamen keinen Lohn.

So genannte „Reformer“, die den westlichen Regierungen verbunden sind und sich dem Poroschenko-Regime nach dem Maidan-Umsturz angeschlossen hatten, wie der aus Litauen stammende Wirtschaftsminister Airvaras Abromavicius, haben angesichts der Krise schon die Flucht ergriffen. Als ehemaliger Investmentbanker und Propagandist für Austeritätspolitik und Privatisierungen begründet er seinen Abgang nun mit der „Korruption“ und den Verbindungen des Poroschenko-Regimes zu diversen ukrainischen Oligarchen. Bei seinem Rücktritt erklärte Abromavicius, dass er eine Regierung im Untergang verlasse. „Mein Rücktritt soll ein Weckruf sein, eine kalte Dusche, die zeigt, dass etwas falsch läuft“, sagte er.

Nach dem Rücktritt von Abromavicius verloren ukrainische Eurobonds 1,1 Prozent. Die Botschafter der USA, Kanadas, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Litauens, Schwedens und der Schweiz machten gemeinsam deutlich, dass sie über den Rücktritt von Abromavicius „tief enttäuscht“ seien. Er war ein entscheidender Verbündeter der imperialistischen Mächte, die zunehmend besorgt sind, Poroschenkos Regierung könnte sich als unfähig erweisen, die Austeritätspolitik in vollem Umfang durchzusetzen. Diese wiederum bildet die Grundlage für mehrere Kredite des IWF.

Zwei weitere „Reformer“, Wirtschaftsminister Oleksiy Pavlenko und Infrastrukturminister Andriy Pyvovarsky, sind im vergangenen Monat ebenfalls zurückgetreten.

Parallel zur Krise der Regierung entwickelt sich zunehmender Widerstand in der ukrainischen Arbeiterklasse. Im Dezember protestierten mehr als 1.000 Bergarbeiter aus den westlichen Regionen Lwiw und Volyn gemeinsam mit Bergarbeitern aus der östlichen Region Donezk vor dem Ministerium für Energie und Kohle in Kiew. Die Arbeiter versuchten eine Petition zu überreichen, die das Ende der wirtschaftlichen Unterstützung für die Kohleindustrie verurteilt. Sie trugen Transparente mit der Aufschrift „Hungriге Bergarbeiter sind eine Schande für die Ukraine“. Presseberichten zufolge weigerten sich Regierungsvertreter, mit den streikenden Bergarbeitern zu sprechen.

Am 12. Januar blockierten mehr als 250 Bergarbeiter in der angeblichen „nationalistischen Hauptstadt“ in der Westukraine, Lwiw, eine Fernstraße, um von der ukrainischen Regierung die Auszahlung ausstehender Löhne zu fordern. Mehrere Grenzübergänge nach Polen wurden ebenfalls blockiert. Die Bergarbeiter bekamen im November 2015 nur 46 Prozent ihrer Löhne ausgezahlt und haben genug von den leeren Versprechungen der Regierung. Im Verlauf des Monats versuchten Schläger der Regierung bei Protesten gegen den Bau von Wohngebäuden für Mitglieder der Ukrainischen Sicherheitsdienste (SBU) die Demonstranten zu vertreiben. Einige Tage später wurde der Journalist Wlad Lawrow von der Kyiw Post bei einem kleineren Protest angegriffen, als er dem Bauleiter Fragen stellen wollte.

Seit Oktober 2015 hat es in der Ukraine 40 bestätigte Fälle von Verletzungen der Pressefreiheit gegeben. Das Poroschenko-Regime versucht seine Unbeliebtheit nicht nur durch die Einschüchterung der Presse zu verschleiern, sondern schürt auch anti-russischen Chauvinismus und Kriegshysterie.

In einem Interview mit der Bild-Zeitung warf Poroschenko Russland jüngst vor, einen „Informationskrieg“ zu führen und erklärte: „Die Gefahr eines offenen Kriegs ist größer als im letzten Jahr [...]. Russland investiert eine Menge in diese Kriegsvorbereitungen.“

Dan-news.info: Bei der Explosion einer Mine, die die ukrainischen Truppen am nördlichen Rand von Gorlowka installiert hatten, starb ein friedlicher Einwohner, ein zweiter wurde verletzt. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. „Um 9:20 gerieten zwei friedliche Einwohner auf eine Mine in der neutralen Zone in der Nähe von Showanka (von den ukrainischen Streitkräften kontrolliertes Territorium – Anm. DAN). Nach vorläufigen Informationen starb einer, einer weiterer erlitt Splitterverletzungen“, berichtete der Gesprächspartner der Agentur.

Dan-news.info: Der Zustand des Mannes, der heute morgen in der Nähe von Showanka aufgrund der Explosion einer Mine Splitterverletzungen erlitt, wird von Ärzten als ernst bewertet. Dies teilte die Ortsverwaltung von Sajzewo mit. „Der Mann wurde mit einem Schädel-Hirn-Trauma und zahlreichen Splitterverletzungen ins städtische Krankenhaus von Gorlowka gebracht. Er ist auf der Intensivstation, seinen Zustand bewerten die Ärzte als ernst“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

De.sputniknews.com: Medwedew: Völkerrecht ist die Basis – Bodeneinsatz kann Regelungsprozesse gefährden

Luftschläge alleine sind für einen Sieg über die Terroristen in Syrien unzureichend. Ein Bodentruppeneinsatz unter US-Führung allerdings kann den politischen Regelungsprozess noch komplizierter machen und die Bedingungen gar völlig vernichten, meint der russische Premierminister Dmitri Medwedew.

„Es ist klar, dass Luftschläge alleine für einen endgültigen Sieg über die Terroristen unzureichend sind. Den Kampf am Boden führt die syrische Regierungsarmee. Bevor aber die Entscheidung über einen Bodeneinsatz in Syrien im Rahmen der internationalen Koalition unter US-Führung getroffen wird, sollte man sicherstellen, ob das syrische Volk das

überhaupt braucht“, erklärte der Regierungschef in einem Sputnik-Interview. Anderenfalls könnte eine solche Operation die ohnehin komplizierte Situation im Land nur noch erschweren, zu neuen Opfern führen und die übrigen Bedingungen für eine politische Lösung des Syrien-Konfliktes kaputt machen, so Medwedew weiter.

„Wir gehen davon aus, dass der Anti-Terror-Kampf auf dem Völkerrecht und den Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats basieren sollen“, betont der Premier.

Der Premier hat außerdem unterstrichen, dass es notwendig sei, die Souveränität eines jeden Staates zu respektieren, der im Konfliktgebiet liegt.

„Warum spreche ich von der Bedeutung des Rechts? Wenn wir heute so tun, als ob es diese im Leben der Menschen und der Staaten grundlegende Institution nicht gibt, bekämen wir morgen eine Welt, die in Chaos und Anarchie ertrinkt“, schlussfolgerte der Ministerpräsident.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben bei dem Beschuss in der Nacht auf den 12. Februar sechs Wohnhäuser in Sajzewo am nördlichen Rand von Gorlowka beschädigt. Das teilte heute eine Vertreterin der Ortsverwaltung mit.

„In der letzten Nacht wurden durch Beschüsse der ukrainischen Seite mindestens sechs Häuser beschädigt“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Sie fügte hinzu, dass bei den beschädigten Häusern zahlreiche Beschädigungen der Dächer, der Fenster und tragender Wände festgestellt wurden.

Lug-info.com: Die Aufklärung der Volksmiliz der LVR hat das Vorhandensein eines Abwehrraketekomplexes S-300 38 km von der Kontaktlinie im Gebiet des von den Kiewer Truppen kontrollierten Dorfes Petrenkowo im Nowoajdarskij-Bezirk festgestellt. Dies teilte der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz Oberst Igor Jaschtschenko mit.

Nach seinen Worten wurden in den letzten 24 Stunden keine Verletzungen der Minsker Vereinbarungen über die Feuereinstellung von Seiten der Kiewer Truppen festgestellt.

„Aber die ukrainischen Streitkräfte verletzen nach wie vor die Bedingungen für die Stationierung von Militärtechnik, die in den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind“, sagte Jaschtschenko.

„So wurde vermutlich mit dem Ziel der Durchführung einer weiteren Diversion gegen die Republik in Petrenko im Nowoajdarskij-Bezirk, 38 km von der Kontaktlinie, die Stationierung einer Abwehrraketekomplexes S-300 festgestellt“, erläuterte er.

Der Vertreter der Volksmiliz sagte auch, dass im Gebiet von Tschuginka, Staniza-Luganskaja-Bezirk, 29 km von der Kontaktlinie, ein Abwehrraketekomplex „Strela-10“ entdeckt wurden.

„Diese Waffen können auch zivile Flugzeuge vernichten“, unterstrich Jaschtschenko.

Außerdem teilte er mit, dass die Aufklärung der Volksmiliz Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte im zentralen Teil von Tscherwonyj Showtenj im Staniza-Luganskaja-Bezirk, 14 km von der Kontaktlinie, entdeckt hat.

„Es wurde die Stationierung von durch die Minsker Vereinbarungen verbotene Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte: ein Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“ und ein Abwehrraketekomplex „Osa-AKM“ entdeckt“, sagte Jaschtschenko.

**Nachmittags:**

De.sputniknews.com: Russland kehrt zurück - Wien genehmigt Einreise zur OSZE-Sitzung  
Die russischen Abgeordneten, die von den EU-Sanktionen betroffen sind, dürfen nun doch zur Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Ende Februar nach Österreich einreisen. Im Sommer 2015 hatte Finnland der russischen Delegation die Einreise zur OSZE-Sitzung allerdings verwehrt.

„Formal gesehen braucht man bei einem Diplomatenpass kein Visum. Wir haben aber eine Note des österreichischen Außenministeriums, die den aufgelisteten Personen, darunter auch denjenigen, die unter Sanktionen stehen, die Einreise zur Versammlung genehmigt. Die Einreise ist abgesprochen worden“, sagte der Abgeordnete der Staatsduma (russisches Unterhaus) und Sondervertreter der Versammlung für den Kampf gegen Terrorismus, Nikolaj Kowaljow, gegenüber RIA Novosti. Die Genehmigung sei, so Kowaljow, eine Antwort auf eine vorausgegangene Note des russischen Außenministeriums.

Laut Kowaljow wird der Sprecher der Staatsduma, Sergej Naryschkin, die russische Delegation leiten. Früher hatte Russland seine Teilnahme an der Sommer-Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (5. bis 9. Juli in Helsinki) abgesagt, nachdem Finnland den unter Sanktionen stehenden Parlamentariern, darunter auch Naryschkin, die Einreise verwehrt hatte. Das russische Außenministerium bezeichnete die Entscheidung von Helsinki als einen „unfreundlichen Schritt“.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30779/39/307793940.jpg>

Dan-news.info: Ukrainische Soldaten haben in der Nacht Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk beschossen, weswegen einige private Häuser beschädigt wurden und eine Garage abbrannte. Dies teilte heute der Leiter der Bezirksverwaltung Maxim Shukowskij mit. „Auf der Lettschikow-Straße 50 brannte eine Garage vollständig ab, auf der Uroshajnaja-Straße wurde ein Zaun durch Splitter beschädigt“, sagte Shukowskij. Nach Angaben einer Quelle in den militärischen Einrichtungen der DVR wurde auch ein direkter Treffer auf einen Schornstein eines Hauses in der Finalnaja-Straße. „Nach vorläufigen Informationen wurde mit Granatwerfern geschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

De.sputniknews.com: Medwedew: Russland dämonisieren ist leicht – Probleme anzuerkennen dagegen schwer

Dem russischen Premier Dmitri Medwedew zufolge schlagen die Nato-Länder einen politischen Profit aus der Konfrontation, weil es leichter sei, Russland zu dämonisieren, als Probleme im europäischen Sicherheitssystem wahrzunehmen.

„(...) Die westlichen Kollegen in der Nato schlagen einfach einen politischen Profit aus der Konfrontation. Auf diese Weise haben sie es leichter, Russland zu dämonisieren und aktuelle Probleme auf dieses Land abzuwälzen, statt ernsthafte Probleme wahrzunehmen, die es im europäischen Sicherheitssystem gibt, und ihre Mitverantwortung für die heutigen Krisen anzuerkennen“, sagte Medwedew in einem Interview mit der Agentur Sputnik.

Der Premier verwies auf die in den letzten Jahren von der Nato getroffenen Entscheidungen, darunter die Ost-Erweiterung der Allianz und die Stationierung eines globalen Raketenabwehrsystems in Europa.

„Und jedes Mal hat die Organisation es abgelehnt, zumindest unsere Befürchtungen hinsichtlich unserer eigenen Sicherheit zu berücksichtigen. Von den jüngsten Erklärungen der Allianz-Führung ganz zu schweigen. Es entsteht der Eindruck, dass es für die Welt keine größere Bedrohung gebe als die durch Russland. Wir wurden zweimal mit den IS-Extremisten gleichgestellt“, so Medwedew.

Der Premier verwies darauf, dass es im Jahr 2010 beim Russland-Nato-Gipfel in Lissabon gelungen war, einen ernst zu nehmenden Kompromiss zu finden und eine gemeinsame Erklärung anzunehmen, mit der bekräftigt wurde, dass Russland und die Nato einander nicht als Gegner betrachteten.

„Später sind unsere Partner jedoch in die Konfrontationslogik zurückgefallen. Jetzt ist es notwendig, nach Kompromissen zu suchen und sich nicht mit Ambitionen zu messen. Es gilt, das Vertrauen wieder herzustellen und zu den gemeinsamen Initiativen zurückzukehren, die auf Eis gelegt wurden. Es gilt, unsere Bemühungen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu vereinen, der sich als Pest über die ganze Welt ausbreitet“, so Medwedew.

Dnr-online.ru: Heute, am 12. Februar, fand im Donezk am Denkmal für Artjom (F. A. Sergejew) eine Massenkundgebung zum 98. Jahrestag der Gründung der Donezko-Kriworoschkaja-Republik statt – einer autonomen sowjetischen Staatsbildung im Rahmen der Russischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik (RSFSR). An der Veranstaltung nahmen das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko und der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin teil.

„Genau vor 98 Jahren haben unsere Vorfahren versucht, dieses Land zu einem glücklichen zu machen. Sie haben mit der Waffe in der Hand Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit verteidigt. Im Jahr 2014 haben wir das gleiche wie sie getan. Wir verteidigen unser Land mit der Waffe in der Hand und wie sie es getan haben, machen wir es zu einem glücklichen Land. Im Jahr 1918 ist dies nicht gelungen (der Donbass wurde im Mai 1918 zeitweise von deutsch-österreichischen Truppen besetzt, Anm. d. Übers.), im Jahr 2014 ist es gelungen. Wir schaffen gemeinsam eine neue Geschichte. Tatsächlich sind wir bereits die neue Geschichte. Und angesichts unserer Vorfahren und unserer Kinder sind wir verpflichtet den Staat aufzubauen, für den 1918 und 2014 Menschen ihr Leben gegeben haben. Ich weiß nicht, wovon Artjom und seine Kampfgenossen träumten. Aber ich bin überzeugt, dass sie wie wir von einem freien Land, einer glücklichen Zukunft, von Gerechtigkeit, von Gleichheit, von Brüderlichkeit träumten. Und wir haben das bereits umgesetzt!“, erklärte Alexandr Sachartschenko.

„Wir können uns darauf stützen. Wir sind absolut überzeugt, dass unsere Vorfahren vieles getan haben, dem wir es gleich tun müssen. Deshalb ist für uns offensichtlich, dass wir unter Opfern daran gegangen sind, unsere Interessen zu verteidigen. Die Interessen unseres Landes. Wir wissen nicht, was weiter sein wird; wird dies gelingen oder wird dies nicht gelingen – aber wir tun es. Es wurde schon sehr viel getan. Mit uns muss schon gerechnet werden. Und was auch erklärt wird, die DVR und die LVR existieren bereits. Es gibt uns. Und jetzt steht uns viel Arbeit bevor, um die Regionen zu befreien, die sich jenseits der Kontaktlinie befinden. Wir versuchen, dies auf politischem Weg zu tun. Aber es ist eine Tatsache, dass wir die Verantwortung für unsere Bürger tragen, die sich im Grunde in Geiselschaft befinden. Wir haben uns um uns gekümmert, wir werden uns auch um die übrigen kümmern“, sagte Denis Puschilin.

Zum Abschluss der Kundgebung wurden Kränze und Blumen am Denkmal des Vorsitzenden



des Rats der Volkskommissare der Donezko-Kriworoschkaja-Republik F. A. Sergejew (Artjom) niedergelegt.



[http://dnr-online.ru/wp-content/uploads/2016/02/DSC\\_5927-760x508.jpg](http://dnr-online.ru/wp-content/uploads/2016/02/DSC_5927-760x508.jpg)

De.sputniknews.com: Medwedew im Sputnik-Interview: Danke, Deutschland - Nein, Ukraine Das Angebot im Drei-Milliarden-Dollar-Streit, welches die Ukraine Russland über Berlin unterbreitet hat, ist inakzeptabel, wie der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew sagte. Die russische Regierung danke gleichzeitig jedoch Deutschland für dessen Initiative. „Die Vorschläge, die wir vor kurzem über Deutschland von der Ukraine bekommen haben, sind inakzeptabel. Erstens können wir keine Verhandlungen führen, solange der offizielle Status der Staatsschuld nicht anerkannt ist. Zweitens sind die von Kiew vorgeschlagenen Bedingungen schlechter als die kommerzieller Geldgeber. Wer wird sich denn selbst benachteiligen?“, sagte Medwedew im Sputnik-Interview und fügte hinzu: „Dabei sind wir unseren deutschen Partnern für ihre Initiative dankbar, die die Ernsthaftigkeit unserer Argumente in dieser Frage bezeugt.“

Früher bestätigte das russische Finanzministerium, dass es einen Brief vom deutschen Finanzministerium bekommen hatte, der eine mögliche Option für die Regelung des Schuldenstreits mit der Ukraine zum Inhalt hatte. Russland habe unmittelbar vom Finanzministerium der Ukraine, also vom Schuldner selbst, allerdings keinerlei Vorschläge erhalten, wie es sonst in der internationalen Praxis üblich sei.

Russland hatte Ende 2013 ukrainische Eurobonds für drei Milliarden US-Dollar gekauft und die Ukraine so damals vor der Staatspleite bewahrt. Die Papiere sind Ende 2015 fällig gewesen. Anfang 2014 kam es in der Ukraine zu einem Regierungsumsturz. Seitdem kämpft das Land gegen den Staatsbankrott. In diesem Sommer vereinbarte Kiew mit seinen westlichen Gläubigern eine Umschuldung und forderte auch von Russland einen Teilerlass. Russland lehnte das ab, erklärte sich jedoch zu einer Umschuldung bereit — unter der Bedingung, dass Kiew in den Jahren 2016 bis 2018 jährlich jeweils eine Milliarde Dollar zurückzahle und die USA, die EU oder ein internationales Finanzinstitut dafür bürgen. Diese lehnten es jedoch ab, als Garanten aufzutreten.

[Dan-news.info/Dnr-online.ru](http://Dan-news.info/Dnr-online.ru): Erklärungen des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko während und nach der Kundgebung zum Jahrestag der Gründung der DKR (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

"Derzeit sind an der Kontaktlinie allein mehr als 500 Panzer konzentriert, etwa 90.000 Soldaten. Die Ukraine kann jederzeit mit Kämpfen beginnen", sagte das Republikoberhaupt. „Warum beginnt sie nicht. Ich denke, dass die Ukraine die Mobilisierung beendet oder bessere Wetterbedingungen abwartet.“ Sachartschenko unterstrich, dass Krieg für Kiew der einzige Ausweg zur Rettung der Situation im Staat ist.

Der Zustand der Wirtschaft der DVR hängt direkt von der Situation an den Fronten ab, ohne Kämpfe würde sie sich entwickeln.

„Das grundlegende Problem unserer Ökonomie liegt darin, dass wir mehr Geld für den Krieg als für den Frieden ausgeben. Wenn wir keine Kämpfe führen müssten, würde sich die Wirtschaft schneller erholen“, sagte Sachartschenko.

„Es ist symbolträchtig: heute ist der Geburtstag der Donezko-Kriworoschkaja Republik und gleichzeitig der Jahrestag der Minsker Vereinbarungen. Von der Ukraine wurde nicht besonders viel getan. Ich verstehe, dass sie kategorisch die Minsker Vereinbarungen nicht erfüllen wollen. Die politische Situation in der Ukraine ist bis zum Äußersten gespannt, mit der Wirtschaft sieht es seit langem schlecht aus. Wir beobachten einen Unwillen und eine kategorische Ablehnung dieser Vereinbarungen. Alle grundlegenden Punkte sind nicht erfüllt: keine Feuereinstellung, keine Annahme einer neuen Verfassung, keine Annahme eines Gesetzes über einen besonderen Status. Und das wichtigste - mit uns wurde nichts abgestimmt“, erklärte das Oberhaupt der DVR.

De.sputniknews.com: „Niemand will für uns in den Krieg“ - Kiewer Minister rügt den Westen  
Der ukrainische Vize-Außenminister Wadim Pristajko hat die westlichen Staaten zur Entsendung einer Friedensmission ins abtrünnige Gebiet Donbass im Osten der Ukraine aufgerufen. Er sähe im Westen bislang keine Bereitschaft, die Regierung in Kiew mit einem Friedenseinsatz zu unterstützen, äußerte Pristajko in einem Interview.

„Wir begreifen, dass niemand darauf brennt, für uns in den Krieg zu ziehen. Deshalb bitten wir, uns mit der Entsendung einer Friedensmission in den Donbass zu helfen“, sagte Pristajko in einem Interview für die ukrainische Online-Zeitung „Ewropejska prawda“. „Aber ich sehe immer noch keine solche Mission... Und wir sehen keine Bereitschaft unserer westlichen Partner... All diese Fragen bleiben offen.“

In der Ost-Ukraine war im April 2014 ein Bürgerkrieg ausgebrochen. Nach dem Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch im Februar schickte die neue ukrainische Regierung Truppen gegen die östlichen Kohlebergbau-Gebiete Donezk und Lugansk, weil diese den nationalistisch geprägten Machtwechsel nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten.

Bei den Gefechten zwischen dem Kiew-treuen Militär und den Bürgermilizen von Donbass (Donezbecken) sind laut den UN-Angaben mindestens 9000 Zivilisten ums Leben gekommen.

Ein Jahr nach Beginn ihrer militärischen Operation bat die Kiewer Regierung die Uno und die EU um die Entsendung einer Friedensmission in den Donbass. Präsident Poroschenko drängt auf eine EU-Polizeimission mit UN-Mandat unter Ausschluss Russlands. Die Milizen der abtrünnigen Regionen Donezk und Lugansk halten eine Friedensmission nur unter Beteiligung Russlands für möglich.

Ukrinform.ua: Man muss dringend Gesetze über die Privatisierung, das visumfreie Regime und die Reform des Fiskaldienstes verabschieden.

Das erklärte der ukrainische Premierminister Arsenij Jazenjuk beim Treffen mit Vertretern des diplomatischen Korps, die in der Ukraine akkreditiert sind, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Für das ukrainische Parlament, die ukrainische Regierung und den Präsidenten ist es jetzt

wichtig, schnell sehr wichtige Schritte zu unternehmen. Das sind die Verabschiedung der Gesetzgebung über die Privatisierung und der Anfang einer umfassenden Privatisierung“, sagte Jazenjuk.

De.sputniknews.com: „Rechter Sektor“ hindert russische LKW an Durchfahrt durch Transkarpatien

Die Nationalisten-Miliz „Rechter Sektor“ hat im westukrainischen Gebiet Transkarpatien eine unbefristete Blockade für russische Lastwagen verkündet, teilte die lokale Internetplattform Mukachevo.net am Freitag mit.

Angehörige des „Rechten Sektors“ hätten in der Ortschaft Nischnije Worota zwei Kontrollposten aufgestellt und halten dort bereits russische LKW auf.

Ihre Handlungen begründeten sie damit, dass sich hier ein Posten der Verkehrspolizei befindet, den alle, die aus Kiew in Richtung der slowakischen und ungarischen Grenze fahren, passieren müssten.

Neben dem (in Russland verbotenen) „Rechten Sektor“ nehmen an der Aktion auch die örtlichen nationalistischen Bewegungen „Pobratimy Ukrainy“ und „Karpatska Sitsch“ sowie das Freiwilligen-Bataillon „Aidar“ und der Verband der Teilnehmer der Kampfhandlungen Uschgorod teil.

Der Chef der nationalistischen Freiheitspartei, Oleg Tjagnibok, versprach in seinem Facebook-Account die Ausweitung der Aktion auf alle ostukrainischen Grenzgebiete.

Laut der Agentur UNN haben die Teilnehmer der Blockade seit ihrem Beginn bereits die Durchfahrt von mehr als 30 russischen Lastwagen verhindert.

An einem Kontrollposten halten sich 15 Aktivisten auf, an einem anderem sind es zehn. Sie halten per Funk Kontakt zueinander.

Unterdessen verhandeln die Aktionsteilnehmer mit Organisationen der Gebiete Lwiw und Wolynsk über ihren möglichen Anschluss an die Blockade.

Der beiderseitige LKW-Verkehr zwischen Russland und Polen wurde in der Nacht zum 1. Februar gestoppt, weil die bisher gültigen Transportgenehmigungen abgelaufen waren und keine neuen erteilt wurden.

Deshalb müssen russische LKW zurzeit über die Ukraine in die Slowakei und nach Ungarn fahren.

Die nächste Runde der russisch-polnischen Verhandlungen soll auf der Ebene der Vize-Verkehrsminister beider Länder durchgeführt werden. Ein genauer Termin für dieses Treffen wurde bisher nicht festgelegt.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30780/05/307800543.jpg>

Ukrinform.ua: An den Fahnenmasten vor dem Außenministerium in Kiew, in der Nähe der Nationalflaggen der Ukraine, wurde die Fahne der Krimtataren gehisst, berichtete Hromadske.tv.

An der feierlichen Zeremonie nahm der Führer der Majlis der Krimtataren und Abgeordnete der Ukraine Refat Tschubarov, sowie der stellvertretende Außenminister Vadim Pristayko teil. Die Aktion dient der Unterstützung der ukrainischen Bürger, die von den russischen Invasoren in der vorübergehend besetzten Krim unterdrückt werden, erläuterte Tschubarov...

De.sputniknews.com: Medwedew: Neue IWF-Kredit-Tranche an bankrotte Ukraine öffnet „Büchse der Pandora“

Laut dem russischen Regierungschef Dmitri Medwedew kann eine weitere IWF-Kredit-Tranche an die Ukraine trotz der nicht geregelten offiziellen Schulden Kiews gegenüber Russland das Vertrauen in die internationalen Finanzinstitute insgesamt untergraben. Die Behörden der Ukraine hatten im Dezember 2015 ein Moratorium hinsichtlich der Begleichung der Schulden zu den souveränen Eurobonds über drei Milliarden US-Dollar verkündet, deren Inhaber Russland ist. Präsident Wladimir Putin hatte Kiew angeboten, die Rückzahlung auf drei Jahre zu splitten, wenn die USA oder ein Land der EU oder ein angesehenes internationales Finanzinstitut Garantien für die Schulden der Ukraine übernehmen würde.

„Doch was sehen wir? Von der amerikanischen Regierung kam eine offizielle Ablehnung. Die EU und der IWF haben unsere Vorschläge ignoriert. Dafür hat der IWF extra für die Ukraine seine Norm aufgehoben, die es verbietet, Ländern, die bankrott sind, Kredite zu gewähren. Dabei hatte der Fonds diese Regel aktiv gegenüber solchen Schuldnern genutzt, wie es zum Beispiel Griechenland und Irland sind“, sagte Medwedew in einem Sputnik-Interview.

„Ist denn nicht klar, dass eine solch beispiellose Politik der doppelten Standards die Büchse der Pandora öffnen, den Weltfinanzen einen enormen Schaden zufügen und insgesamt das Vertrauen in die internationalen Finanzinstitute untergraben kann“, so Russlands Premierminister.

Der IWF hatte im Dezember 2015 die Einschränkungen für die Kreditierung von Ländern mit Fristverzug zu souveränen Schulden aufgehoben, was dem Fonds die Möglichkeit gibt, der Ukraine selbst dann weiterhin Kredite zu gewähren, wenn Kiew seine Eurobonds-Verpflichtungen in Höhe von drei Milliarden Dollar nicht fristgemäß begleicht.

Eine Bedingung für die Fortsetzung der Kreditierung von Ländern, die ihre Schulden nicht begleichen, ist auch, dass sie „gewissenhafte Bemühungen“ zur Umstrukturierung ihrer Schulden gegenüber anderen Ländern unternehmen müssen.

Dabei hat der IWF-Direktorenrat zugegeben, dass die Verbindlichkeiten der Ukraine über drei Milliarden Dollar, für die Russland aus Mitteln seines Fonds für nationalen Wohlstand im Jahr 2013 ukrainische Schuldverschreibungen gekauft hatte, souveräne Schulden seien. Die Ukraine ließ mehrmals verlauten, dass sie zu gewissenhaften Verhandlungen mit Russland bereit sei. Doch Kiew besteht darauf, dass diese Eurobonds-Verpflichtungen kommerzielle und keine souveränen Schulden seien, weshalb die Umschuldungsbedingungen nicht besser sein könnten als die für private Kreditgeber.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben die Schaffung einer dritten Verteidigungslinie im Rahmen des Projekts „Mauer“ abgeschlossen. Dies erklärte der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko.

„Nach Angaben unserer Aufklärung steht fest, dass mit den Kräften der sogenannten „ATO“ derzeit die Schaffung einer dritten Verteidigungslinie im Rahmen der Realisierung des Projekts „Stena“ geschaffen wurde“, sagte er.

„Dazu wurden in den an die RF grenzenden Bezirken 75 Verteidigungsbauten errichtet, die Bunker, Schützengräben, Unterstände für Panzertechnik, Granatwerfer, Abwehrgeschütze einschließen. Insgesamt wurden 268 befestigte Einrichtungen geschaffen“, erläuterte der stellvertretende Leiter des Stabs.

„Die erste Verteidigungslinie wird von den Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte kontrolliert, die zweite und dritte von Truppenteilen der Nationalgarde und des Innenministeriums der Ukraine“, berichtete Jaschtschenko.

Wir erinnern daran dass das Befestigungsprojekt „Mauer“ an der Landgrenze der Ukraine mit der RF von dem ukrainischen Premierminister Arsenij Jazenjuk am 3. September 2014 vorgestellt wurde. Das Projekt sah die Schaffung von Verteidigungsanlagen und Beobachtungssystemen auf der gesamten Länge der Grenze mit Russland innerhalb von sechs Monaten vor.

De.sputniknews.com: Botschafter: Serbien wird sich niemals an Russland-Sanktionen beteiligen

Serbien wird sich nie den EU-Sanktionen gegen Russland anschließen, teilte der serbische Botschafter in Russland, Slavenko Terzic, auf einer Pressekonferenz bei der Internationalen Nachrichtenagentur Rossija Segodnja mit.

„Wir haben uns den Sanktionen gegen Russland nicht angeschlossen und werden dies auch niemals tun“, so der Diplomat.

Die serbische Seite denke, dass die Verhängung der Einschränkungsmaßnahmen keine einzige Frage lösen kann, so Terzic.

„Unserer Ansicht zufolge ist die EU ein Bündnis, das alle Völker vereinigen sollte. Wir wären froh darüber, wenn sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland in Zukunft verbessern würden“, unterstrich der Botschafter.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Ukraine-Krise verschlechtert. Die EU und die USA gingen von Einzelsanktionen gegen Privatpersonen und Unternehmen zu Strafmaßnahmen gegen ganze Sektoren der russischen Wirtschaft über. Im Gegenzug erließ Russland ein Einfuhrverbot für Lebensmittel aus den Ländern, die Sanktionen gegen Russland verhängt hatten – die USA, die EU-Länder, Kanada, Australien und Norwegen.

Dnr-online.ru: Der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums der DVR teilt mit, dass in der letzten Nacht wegen der Beschüsse durch die ukrainischen Streitkräfte im Gebiet des Tschljuskinzew-Bergwerks des staatlichen Unternehmens „Donezker Kohle- und Energieunternehmen“ um 2:10 ein Spannungsabfall erfolgte, der zu einem Ausfall der zentralen Lüftung führte. In diesem Moment waren 90 Bergleute unter Tage.

Der diensthabende Elektroschlosser versuchte, die Lüftung wieder anzuschließen, jedoch vergeblich. Im Bergwerk trat der Notfallplan in Kraft, die Menschen wurden in Bereiche mit mehr Frischluft gebracht und schließlich über Tage.

Um 5:00 waren bereits 56 Bergleute an der Oberfläche, die in 890 Metern Tiefe gearbeitet hatten. 34 Bergleute blieben auf 270 Metern, um das Bergwerk zu sichern. Dank der operativen und gut organisierten Handlungen bei der Ausführung des Notfallplans wurde niemand verletzt.

Um 9:05 wurde die Lüftung wieder in Betrieb genommen, in den Stollen wurden Maßnahmen zur Entfernung von Gasen durchgeführt, die Atmosphäre wurde überprüft.

In nächster Zeit wird das Unternehmen wieder mit dem normalen Arbeitsablauf beginnen, die zweite Schicht bereitet sich bereits auf die Arbeitsaufnahme vor.

De.sputniknews.com: Premierminister Dmitri Medwedew wirft der westlichen Welt vor,

Russland als eine „zweitklassige oder Regionalmacht“ darzustellen, anstelle eine Beziehung wie mit einem gleichgestellten Partner aufzubauen.

Im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz räumte Medwedew in einem Sputnik-Interview ein, dass seine bevorstehende Rede, in der er die russische Sicht auf „akute und schmerzhaft“ Probleme darlegen werde, nicht unbedingt allen gefallen werde.

„Ich nehme an, dass unser Standpunkt vielen nicht gefallen wird. Das ist normal. Wichtig ist, dass wir einen haben“, so Medwedew. „Bedauerlicherweise können sich unsere Partner aus dem Westen immer noch nicht daran gewöhnen. Und statt mit Russland wie mit einem gleichgestellten Partner, der als großer Staat seine begründeten geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen hat, Beziehungen zu pflegen, versuchen sie, uns als ‚zweitklassiges Land‘ oder im günstigsten Fall als ‚Regionalmacht‘ zu bezeichnen. Das ist doch ein ziemlich sinn- und nutzloser Begriff.“...

De.sputniknews.com: In einem offenen Brief hat der Verbandsrat des Sächsischen Landesbauernverbandes die Landesregierung in Dresden um finanzielle Hilfe gebeten. Dem Brief zufolge betragen die Gesamtverluste der deutschen Bauern wegen des russischen Lebensmittelembargos mehr als 300 Millionen Euro.

„Angebot und Nachfrage können sich nicht mehr angleichen. Allein der Verlust des russischen Marktes infolge des Lebensmittelembargos bedeutet für uns Milcherzeuger einen Erlösrückgang von vier Cent je Kilogramm Milch“, zitiert die Seite Top Agrar einen Auszug aus dem Brief.

Dazu seien die gesamtdeutschen landwirtschaftlichen Exporte nach Russland in den Zeiträumen von Januar bis August 2014 gegenüber dem Vorjahr „bei Käse von 94 Mio. Euro und bei Fleisch von 224 Mio. Euro vollständig verloren gegangen“.

Die Erschließung von alternativen Exportmärkten sei dabei bis heute ausgeblieben.

„Hier sehen wir die Politik in der Pflicht. Es kann nicht sein, dass ein politischer Konflikt auf dem Rücken von uns Bauern ausgetragen wird“, geht aus dem Brief hervor.

Deshalb sei eine „entsprechende unbürokratische Entschädigung“ dringend notwendig, um „unsere Milchvieh und Schweine haltenden Betriebe“ zu unterstützen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30780/45/307804597.jpg>

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt. Ukrainische Truppen haben zwanzig Mal das Territorium der Republik in der Folge von acht Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung beschossen.

Während der Beschüsse verwendete der Gegner: Granatwerfer des Kalibers 120mm – acht mal, Granatwerfer des Kalibers 82mm – sieben Mal, Antipanzergrenatwerfer und Schusswaffen – fünf Mal. Die Beschüsse kamen von den Positionen der 14. und der 93. mechanisierten Brigade unter dem Kommando von Shakun bzw. Klotschkow aus Peski, Krasnogorowka, Marjinka auf die Gebiete von Shabunki, Sajzewo, Staromichajlowka, das Gebiet des Flughafens und die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks der Stadt Donezk. Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR verfolgt weiterhin Aktivitäten der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie.

So wurde im Gebiet von Mirnoje, 11 km von der Kontaktlinie, auf dem Gebiet eines ehemaligen Gefängnisses die Ankunft von fünf Fahrzeugen mit Personal, in Artjomowks, 20 km von der Kontaktlinie, die Konzentration von Panzertechnik und Fahrzeugen mit Personal festgestellt.

Außerdem bringen die ukrainischen Truppen in Verletzung der erreichten Vereinbarungen abgezogene Technik an die Front zurück. Von Vertretern der OSZE wurde im Verlauf der Kontrolle von Lagerorten für abgezogene Waffen und Militärtechnik das Fehlen von acht Panzern und drei Granatwerfern des Kalibers 82mm festgestellt.

Die OSZE-Mission hat in ihrem Bericht, der gestern veröffentlicht wurde, ein weiteres Mal das Vorhandensein von Antipanzermine in der Nähe des Kontroll- und Passierpunktes Marjinka auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium erwähnt. Zu was die verantwortungslose Verminung von Straßen, die friedliche Einwohner benutzen, durch die ukrainischen Streitkräfte führt, ist allen bekannt. Ein trauriges Beispiel ist die Explosion eines zivilen Kleinbusses auf einer Antipanzermine. Heute ereignete sich eine weitere Tragödie. In der Nähe von Showanka, auf von den ukrainischen Streitkräften kontrolliertem Territorium, gerieten zwei Männer auf eine Mine, einer starb vor Ort, einer zweiter befindet sich mit schweren Verletzungen auf der Intensivstation.

Die Taktik des Minenkriegs, die von den ukrainischen Truppen verwendet wird, kostet mehr und mehr Leben von völlig unschuldigen Menschen. Die ukrainischen Truppen sind so besessen von ihrem Wunsch, die Einwohner des Donbass zu töten, dass sie zielgerichtet internationale Normen verletzen. Dies bestätigt ein weiteres Mal, dass die ukrainischen Streitkräfte nicht daran denken, den Genozid in Bezug auf die friedliche Bevölkerung zu beenden.

Von der Aufklärung der Streitkräfte der DVR wird eine ständige Vergrößerung der nicht kampfbedingten Verluste der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte an der Frontlinie festgestellt. Bedauerliche Trunkenheit und unzureichende Lebensbedingungen führen zu vermehrten Verletzungen und Erkrankungen. Im Zusammenhang damit haben die ukrainischen Streitkräfte Reserveabteilungen zur Verteidigung in Gorlowker und Mariupoler Richtung geschickt.